

Zu den Voraussetzungen eines muslimischen Extremismus

Französische Islamdebatten

Johannes Thomas

Die hier referierten und diskutierten Debattenbeiträge beziehen sich teilweise auf islamistische, fundamentalistische Positionen, die, das sei vorweg unterstrichen, nicht die der muslimischen Bevölkerung in Frankreich sind. Sie vertritt zu mehr als drei Vierteln keine extremistischen Ansichten, sondern praktiziert die Religion mehr oder weniger intensiv im Rahmen des vorgegebenen gesetzlichen und gesellschaftlichen Regelwerkes. Sie akzeptiert also de facto das Leben in einer bereits säkularisierten Welt.

Auch die in Frankreich tätigen Imame haben sich mehrheitlich an die Ordnungen und Wertvorstellungen im Hexagon angepasst und predigen nicht etwa den heiligen Krieg gegen die Ungläubigen. Nur ganz ausnahmsweise beziehen sie sich überhaupt auf politische Themen. Im Vordergrund stehen moralisierende Ermahnungen zu einem anständigen, brüderlichen, gemeinschaftsdienlichen Leben. Das hat jedenfalls eine noch nicht veröffentlichte Untersuchung des nationalen Forschungsinstituts zur inneren Sicherheit (IHESI) ergeben.

Dass dieses Institut überhaupt eine solche Studie durchgeführt hat, zeigt jedoch andererseits, dass man in Frankreich besorgt ist, ein terroristischer Islamismus könne im eigenen Land Fuß fassen. Und auch für diese Besorgnis gibt es Gründe.

Zusammenprall der Kulturen?

Beim Forum der Minister der Europäischen Union und der Organisation der islamischen Konferenz in Istanbul am 12.

Februar 2002 hat sich der französische Außenminister Hubert Védrine unerwartet deutlich zum „Zusammenprall“ und zum „Dialog“ der Kulturen geäußert. Dabei stimmte er zwar Huntingtons These vom Zusammenprall der Kulturen nicht direkt zu, aber er kritisierte doch deren Kritiker: „Getragen vom Geist der Einigung, der Freundschaft und der Toleranz, sagt man dann: ‚Aber nein, es gibt keine Kulturen, es gibt Werte, die der ganzen Welt gemein sind‘, und schließlich lässt man eine Realität außen vor ... Das ist ein echtes Problem. Und man muss den Mut haben, über dieses Problem zu reden.“ Diejenigen, die die Augen vor den realen Unterschieden zwischen den Kulturen verschlossen, so Védrine weiter, betrieben das, „was man im Französischen die ‚Vogel-Strauß-Politik‘ nennt“. Man habe sich angewöhnt, auf die Gefahr des Zusammenpralls mit dem Angebot des Dialoges zu reagieren, und dazu sei man schließlich auch in Istanbul zusammengekommen. Aber es dürfe kein Dialog im üblichen Sinne sein, „der zu nichts führt, denn es ist ein so liebenswürdiger Dialog, dass man sich nie getraut, Themen anzusprechen, bei denen die Meinungen auseinander gehen“. Diese Themen seien, auf den Islam bezogen, insbesondere die Rolle der Frau, die Verweigerung von Demokratie und Menschenrechten und, bezogen auf die westliche Gesellschaft, das Auseinanderbrechen der Familien.

Es ist vielleicht kein Zufall gewesen, dass ein französischer Politiker und nicht etwa sein deutscher Amtskollege Fischer

sich in dieser Weise geäußert hat. Die französische Diskussion zum Islam wird insgesamt offener, intensiver und weniger im Bemühen um politische Korrektheit geführt als in Deutschland. Sie ist auch weniger auf Spezialistenzirkel beschränkt, sondern findet außer in Zeitschriften auch in der Tagespresse statt. Dennoch hat auch in Frankreich die Kommunikation zwischen den Kulturen und Religionen erst begonnen.

Die Fragen, die die Öffentlichkeit nach dem 11. September 2001 besonders beschäftigt haben, lauten insbesondere: Wie hält es der Islam mit der Gewalt? Wie steht er zu Selbstmordattentätern, die unschuldige Menschen in den Tod reißen? Wie ist die Rolle der Frau im Islam zu verstehen? Hinter diesen Fragen steht, als eine Art Rahmenthema, die Frage nach den Chancen eines säkularisierten, eines europäischen Islam.

Politischer und transnationaler Islamismus

Seit dem 11. September hat das Bedürfnis nach beschönigenden Islamanalysen stark nachgelassen, wie sie zuvor von manchen Orientalisten gepflegt wurden, die sich in vorauseilendem Gehorsam an die Sprachregelungen derjenigen islamischen Länder anpassen, in denen sie gerne weiter willkommen sein möchten.

Besondere Aufmerksamkeit fanden zunächst politologisch arbeitende Islamforscher wie Olivier Roy, der schon zu Beginn der 90er Jahre den Niedergang eines bestimmten politischen Islam und das Aufkommen fundamentalistisch-islamischer Netzwerke analysiert hatte. Der Islamismus als Streben nach der politischen Macht in den Hauptstädten ist nach Roy mehr oder weniger deutlich gescheitert, während der Neofundamentalismus in allen islamischen Gesellschaften ständig an Boden gewinnt. Er strebe nicht länger einen islamischen Staat nach traditionellem Verständnis an, sondern eher, wie

bei den afghanischen Taliban zu beobachten, die Errichtung von „Scharia-Emiraten“.

Er ist, so Roy, umso gefährlicher, als er sich internationalisiert hat und nun leicht Verbindungen eingehen kann mit Netzwerken, die sich den Kampf gegen Kapitalismus und Globalisierung auf die Fahnen geschrieben haben.

Seinen eigentlichen Nährboden aber finde dieser transnationale Islamismus in der für die muslimische Bevölkerung aussichtslos scheinenden Lage im Nahen Osten, wo eine politische Zukunft für die Bevölkerung nicht zu erkennen sei.

Rroys Vorstellungen vom Wandel im Islam hat sich inzwischen auch der ebenfalls einem breiteren Publikum bekannte Gilles Kepel angeschlossen. (Vergleiche hierzu Jean-Pierre Froehly, in: *Dokumente. Zeitschrift für den deutsch-französischen Dialog*, Heft 6, 2001, Seite 464 ff.)

„Heiliger Krieg“

Nach den Selbstmordattentaten auf New York und Washington, die als Kampfeshandlungen in einem heiligen Krieg legitimiert worden waren, stellte sich als Erstes die Frage nach dem Verhältnis von Islam und kriegerischer Gewalt gegenüber anderen Kulturen, also nach dem Begriff des *Djihad*.

Nach Alexandre del Valle ist der *Djihad* das natürliche Expansionsmittel des Islam. Schon Mohammed selbst habe an fast achtzig Kämpfen teilgenommen und Kriegsbeute bei den „Ungläubigen“ gemacht. Die Wurzeln dieser kriegerischen Haltung aber seien im Koran selbst und in den Auslegungen zu suchen, die aus den ersten Jahrhunderten nach Mohammed stammten.

Im Koran werde der bewaffnete Kampf der „Pfad Gottes“ genannt, und die gefallenen Mudschaheddin würden mit „Glaubensmärtyrern“ verglichen (IX, 52; LVIII, 19). Der Koran enthalte eine Fülle von Suren, die zum Krieg gegen die

widerspenstigen Juden und Christen oder Polytheisten aufriefen. (Vergleiche hierzu auch: Barbara Huber Rudolf, Gewalt und Islam, in: *Die politische Meinung*, Nr. 385, Dezember 2001, 53 ff.)

„O Gläubige, bekämpft die Ungläubigen, die euch benachbart sind, und lasst sie in euch Härte finden! [...]“ (9, 123); oder auch:

„Wenn ihr (in der Schlacht) auf die stoßet, die ungläubig sind, trefft ihre Nacken; und wenn ihr sie so überwältigt habt, dann schnüret die Bande fest.“ (47, 4).

So hätten El-Bokhari, El-Ghazali (1058–1111), Nawawi, Ibn Taimiyya und Malik, die großen orthodoxen muslimischen Denker und Kommentatoren der Hadithe (Aussprüche und Taten Mohammeds), die theoretischen Grundlagen für den „heiligen Krieg (oder ‚das Sich-Abmühen‘) auf dem Pfade Gottes“ (*jihad fi sabill’illah*) geschaffen und die Modalitäten zur Auslöschung der „Ungläubigen“ festgelegt: Das Gesetz verbietet, im Krieg gegen die Ungläubigen Minderjährige, Geistesgestörte, Frauen und Hermaphroditen zu töten [...], rechtmäßig getötet werden dürfen aber „Mönche [keine Einsiedler], Söldner, die die Ungläubigen in ihre Dienste genommen haben, Alte und Schwache“ etc. [...], schreibt Nawawi.

„Die Ermordung der sieben Trappistenmönche im algerischen Dorf Tibhirine am 21. Mai 1996 durch ein Kommando der GIA beruht also auf einer juristisch-theologisch legalen Grundlage [...].“ (*Les fondements théologiques et canoniques du terrorisme islamiste*, *Le Figaro*, 25. September 2001)

Soheib Bencheikh, Großmufti von Marseille und Anhänger eines reformierten, „republikanischen“ Islam, stellt den mörderischen Terror der GIA (Groupe Islamique Arme) in den ihn legitimierenden Zusammenhang mit der theologischen Orthodoxie: „Die Männer der GIA [...] handeln ganz auf der Grundlage des kanonischen Rechts. Deshalb sieht man

sie ebenso beten wie vergewaltigen [...]. Frauen gehören gemäß der Logik dieses islamischen Rechts zur Kriegsbeute [...]. Ich prangere die Scheinheiligkeit der muslimischen Theologen an, die zwar diese mörderischen Gemetzel ablehnen, aber nicht deren theologische Grundlagen in Zweifel ziehen. Es ist an der Zeit, dass sie das muslimische Recht säkularisieren, insbesondere in jenen Punkten, die diesen Barbaren einen Vorwand bieten, ihre Verbrechen mit einer bestimmten islamischen Rechtsauffassung zu bemanteln.“ (*Le Matin*, 11. Januar 1998)

Islamapologetik und Christentum

Dass es eine Reihe von Suren gibt, die zur Gewalt gegen die Verleugner Allahs, die Ungläubigen aufrufen, ist offenbar nicht zu bestreiten, und sie haben in einem Islam, der weitgehend an einer wortwörtlichen Lesart des Koran festhält, auch heute noch Gültigkeit. Neuere Interpretationen stellen jedoch die kriegerischen Aussagen in ihren historischen Kontext. So können aggressiv klingende Aussagen relativiert und entschärft werden.

Zur Entlastung vom Vorwurf der Aggressivität wird daneben gerne darauf hingewiesen, dass auch Texte aus dem Alten Testament durchaus zur Gewaltanwendung aufrufen, ohne dass darin der „wahre“ Grund für die Kreuzzüge und die Kriege gesehen würde, die im Lauf der Jahrhunderte die jüdisch-christliche Welt mit Blut befleckt haben“, meint etwa Alain Gresh unter Verweis auf das Buch „Deuteronomium“ (Islamophobie, *Le monde diplomatique*, November 2001, Seite 32). Hier finden sich in der Tat entsprechende Zitate in Fülle. So etwa: „Höre, Israel! Du wirst nun über den Jordan ziehen, um Völker zu unterwerfen, die größer und stärker sind als du, und Städte, groß und himmelhoch befestigt. Der Herr, dein Gott, wird selbst als verzehrendes Feuer schon vor dir hinüberziehen. Er wird sie vernichten und vor dir

her niederwerfen, so dass du sie leicht vertreiben und vernichten kannst, wie dir der Herr verheißen hat.“ (9, 1–3)

Gresh hat zweifellos Recht, wenn er aus solchen Textstellen keine Ableitung von Kreuzzügen und anderen Kriegen zulassen will, die von christlich geprägten Ländern aus geführt worden sind. Man wird für die Erklärung von Religionskriegen etwa im sechzehnten Jahrhundert statt solcher Ableitungen schon die konkreten historischen Bedingungen bemühen müssen. Aber Gresh hat insfern Unrecht, als er die jüdische und christliche Welt in eins setzt und die Neuerung, die das Neue Testament gegenüber dem Alten bedeutet, schlicht unterschlägt. Auf diese Neuerung, diese Differenz auch gegenüber dem Islam, macht Del Valle aufmerksam, ohne im Übrigen die blutige Spur, die Christen in der Welt hinterlassen haben, zu leugnen:

„Anders als die Christen, die im Neuen Testament dazu aufgefordert werden, das Prinzip der Nächstenliebe auch auf Feinde zu übertragen, finden Muslime im Koran und in der islamischen Tradition keinerlei Regeln, die zumindest den Respekt Andersgläubiger vorschrieben. Da jene die ‚wahre‘ Religion ablehnen, stellen sie aus Sicht des Islam ‚feindliche Nationen‘ dar.“ (Der Islam ist kriegerisch, *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung*, 18. November 2001). Daher stehe ein Islamist, der Ungläubige töte, um den Islam zu verbreiten, bis heute viel stärker im Einklang mit seinem religiösen Gewissen, als es ein Christ wäre, der das Christentum mit Gewalt verbreitete und mit dem „Schwert“ verteidigte. Das gelte mindestens für die heutige Zeit. Die katholische Kirche habe dafür ein sprechendes Beispiel geliefert, als sie sich geweigert habe, zwischen 1975 und 1991 im Libanon den Widerstand der Christen (Maroniten) zu unterstützen.

Weitere Beispiele liefert die aktuelle Weltlage in Fülle, von den Christenver-

folgungen im Sudan, in Indonesien oder in Nigeria bis zur Benachteiligung von Christen in der Türkei.

Ob aber das Nichteingreifen des christlich geprägten Westens in diesen Fällen tatsächlich nur aus christlicher Liebe geboren wurde, wie Del Valle suggeriert, ist mehr als zweifelhaft. Richtig aber ist an Del Valles Argumentation, dass die katholische Kirche nicht über eine Doktrin des „Heiligen Krieges“ verfügt, geschweige denn Krieger für solche Unternehmungen rekrutieren kann.

Selbstmordattentate als heilige Handlung

Ein Teil der Mullahs, die den Auftrag zum heiligen Krieg ja an sich nicht generell in Zweifel ziehen, bestreitet allerdings einem bin Laden die Legitimation seines Terrors als *Djihad*: „[...] Der Terrorismus nach Art des bin Laden ist nicht zu verwechseln mit dem klassisch muslimischen Krieg, dem Djihad. Scheich Mohammad Hussein Fadlallah, Islamist und geistiges Oberhaupt der libanesischen Hisbollah, hat das ganz klar gesehen und den Terrorismus verurteilt als nicht in die Kategorie des heiligen Krieges (Djihad) fallende Aktion, er hat den Terroristen den Titel ‚Märtyrer‘ (shuhada) abgesprochen und ihre Tat auf einen gewöhnlichen Selbstmord reduziert (intihar), der im Hinblick auf das islamische Gesetz zu tadeln und zu verurteilen ist. Eine solche Tat schadet den Anliegen der Muslime, so etwa in Palästina, denn sie hat nicht das Ziel, den Islam zu beschützen und zu verteidigen [...].“ (Joseph Maila, *l'attentat vu par l'islam, Esprit*, Oktober 2001, Seite 63)

Die im letzten Satz nachgeschobene Erklärung für die Kritik am Terrorismus belegt freilich zugleich, dass der Hisbollah-Führer keineswegs den Terror grundsätzlich ablehnt, sondern dann, wenn er den Muslimen schadet.

Grundsätzlicher, weil historisch relativierend, argumentiert der Großmufti

von Paris, Dalil Boubakeur, der den Fundamentalisten das Recht bestreitet, die „Reue“-Sure aus dem Koran als Legitimation für ihren Terror zu benutzen. Man müsse sie aus ihren konkreten Entstehungsbedingungen heraus verstehen. Boubakeur unternimmt zwar keine Kritik am Konzept des heiligen Krieges an sich, aber er betont doch ganz unmissverständlich, dass jedenfalls bin Laden seine Terrorattentate nicht als Handlungen in einem heiligen Krieg rechtfertigen kann. (*Le Monde*, 14./15. Oktober 2001)

Freiheit der Koraninterpretation?

Soheib Bencheikh, der Rektor der Moschee von Marseille, erhält wegen seiner Versuche, den Koran nebst Deutungen zu historisieren und den Islam zu säkularisieren, seit längerem Morddrohungen islamischer Bruderschaften und anderer Fundamentalisten. Er erfährt jedoch kaum Unterstützung bei seinen Amtskollegen.

Das ist insofern verständlich, als genau hier, in der Frage der Geltung von Koran-deutungen (neben der Verquickung von Politik und Religion), das zentrale Problem für jede Reform des Islam liegt. Laut Bencheikh ist der Koran im Grundsatz für alle individuellen Deutungen offen. Es gibt keine Instanz, die von oben festlegen könnte, welche Interpretationen akzeptabel sind und welche nicht. Deshalb sei es unerträglich, wenn etwa die so genannten wahhabitischen oder salafitischen Gruppen versuchten, eine einzige, wortwörtliche Lesart durchzusetzen, die auch noch obskuratoristisch sei, weil sie alle Muslime millimetergenau auf das Beispiel des Propheten Mohammed und seiner Gefolgsleute festlegen wolle.

Dabei habe der Prophet nie verlangt, dass die Muslime in den kommenden Jahrhunderten als Außenseiter leben sollten. Das aber sei die unausweichliche Konsequenz, wenn die muslimischen

Theologen wie bisher in ihrer großen Mehrheit versuchten, der islamischen Welt die Lebensformen Mohammeds und die frühmittelalterlichen Auslegungen des Koran als allein verbindliche aufzu-zwingen.

Das muslimische Recht, die Scharia, stamme aus der Zeit vom neunten bis zum zwölften Jahrhundert. Sie allgemein verbindlich machen zu wollen, sie zu sakralisieren, sei daher mit dem Koran in keiner Weise zu legitimieren. Im Übrigen führe sie zu einer „Beduinisierung“ und einer Selbstblockade der islamischen Gesellschaft.

Die Freiheit der Koranauslegung ist jedoch dank des Einflusses salafitischer und wahhabitischer Strömungen de facto nicht einmal im akademisch-theologischen Milieu durchzusetzen. Dies bezeugt nicht nur das Schweigen der Imame angesichts der Morddrohungen gegen Bencheikh, sondern etwa auch der Fall des Kairoer Koranwissenschaftlers Nasr Hamid Abu Zaid. Weil er eine historisierende und linguistisch fundierte Interpretation einzuführen versuchte, verlor er nicht nur sein Lehramt, sondern er wurde zum Ungläubigen erklärt. Damit war seine Ehe mit einer Muslimin ungültig und das weitere Zusammenleben mit seiner Frau ein Verbrechen. Beide wurden für vogelfrei erklärt und konnten sich weiterer Verfolgung zunächst nur durch die Flucht nach Großbritannien entziehen. Man hat nicht gehört, dass eine größere Zahl von Schriftgelehrten diese Handlungsweise der berühmten Kairoer Azhar-Universität kritisiert und die Ansätze zu einer anderen, „wissenschaftlichen“ Interpretation als grundsätzlich legitim erklärt hätte, etwa unter Berufung auf die sonst gerne beschworene Interpretationsvielfalt. Auch hat man nie gehört, dass die hohen universitären Autoritäten in Kairo etwa bin Laden mit seiner terroristischen Interpretation für ungläubig und

verurteilenswert gehalten hätten. Freier ist der Koraninterpret offenbar dann, wenn er antimodern und antiwestlich eingestellt ist.

Realer Islam und totalitäre Unterdrückung

Noch dünner gesät als die theologischen Reformer sind die gesellschaftspolitischen Kritiker islamisch geprägter Lebensformen, vielleicht weil die Sorge umgeht, man könne mit solcher Kritik allzu leicht von den Sachwaltern der politischen Korrektheit an den Pranger gestellt werden. Es wäre in der Tat unsinnig, die Unterentwicklung fast aller islamischen Länder allein auf die Religion zurückzuführen. Es gibt auch genügend christlich geprägte Länder, die an solcher Unterentwicklung leiden, und Apologeten des Islam wie der oben bereits zitierte Gresh verweisen gerne auf diesen Sachverhalt.

Dabei übersieht er allerdings, dass es für die Lebenswirklichkeit der Menschen einen gewaltigen Unterschied macht, ob sie unter islamischem Recht, der Scharia mit ihren körperlichen Strafen und der Unterordnung der Frau, leben oder nicht. Der weltweit anerkannte, aus Nordafrika stammende und auf Französisch schreibende Romanautor Tahar Ben Jelloun hat deshalb die arabischen Intellektuellen aufgefordert, endlich den realen Islam als das zu sehen, was er ist, und mit der traditionellen Heuchelei Schluss zu machen. Es sei an der Zeit zu erkennen, dass der religiöse Extremismus „mörderischen Fanatismus, krankhafte Intoleranz und die Verzerrung der wesentlichen Werte, die in den Texte steckten“, befördere. [...] In einigen Ländern verbietet man Frauen, ein Auto zu fahren, während man sich gleichzeitig Ausschweifungen hingibt, und das dort, wo Armut und Bedürftigkeit aus jungen Schülerinnen Prostituierte für einen Abend machen, wo man Immigranten aus islamischen Ländern

wie Sklaven der modernen Zeiten behandelt, während man Reden über den reinen und brüderlichen Islam hält.

Die muslimisch geprägten Länder mit ihrem Staatsislam kannten „keinen Bürger, sondern nur Untertanen [...], keinen Rechtsstaat, sondern nur das Recht des Fürsten [...], keine demokratische Wahl, nicht die freie Meinungsäußerung eines souveränen Volkes, sondern nur den Treueschwur“.

Eben deshalb meint auch Bencheikh, dass der Islam heute seine eigene Ablehnung lehrte, „indem er einen Islam verkündet, der sich nicht reformiert und der nur in einer tribalistischen, patriarchalischen, traditionellen Gesellschaft verständlich ist. [...]“

Keine Anerkennung des Individuums

Aber mit dem Aufweis der Heuchelei ist noch nicht geklärt, wie es dazu kommen konnte, dass so viele Araber den religiös begründeten Sinn ihres Lebens in einem Selbstmord finden, bei dem sie andere zugleich mit sich in den Tod reißen. Weder in der arabischen Kultur noch in der Tradition des Islam gibt es eine solche Todesmystik. Die Antwort liegt für Tahar Ben Jelloun darin, dass die „arabische und islamische Gesellschaft das Individuum nicht anerkennt. Das Subjekt als einzige Einheit hat keinen Platz in einer Gemeinschaft, die den Clan, den Stamm, die Familie privilegiert. Hier ist das Individuum eine Idee, keine Person. Es ist Bestandteil der ‚Umma‘.“

Man müsse aber, auch wenn das die Verantwortlichen in der arabisch-islamischen Welt nicht einsähen, zunächst dem Individuum seinen Platz in der Gesellschaft verschaffen. Erst dann könne die Krankheit der arabischen Gesellschaften überwunden werden. Erst dann könne es kommen zur „Einrichtung einer wirklichen Demokratie, einer Kultur der Rechte und Freiheit, des allgemeinen

Wahlrechts und der politischen wie historischen Legitimität. Dann kommt das Ende der skandalösen und anachronistischen Oligarchien. Dann kommt die Säuberung aller Schulbücher, ihre Überarbeitung, die den unterschwelligen Rassismus daraus tilgt, die ideologische Propaganda, den tendenziösen religiösen Diskurs, die beispielhaften Geschichten, die die Unterlegenheit der Frau und die Verachtung für die Vernunft in die Köpfe der Kinder einprägen.“

Modell Tunesien

Seltsamerweise sei es gerade Tunesien, eher ein Polizeistaat als eine Demokratie, das in diesem Bereich das Vorbild geliefert habe. Dort seien Schulbücher konzipiert worden, die die Schüler den wissenschaftlichen Zweifel, die Evolutionstheorie, die Achtung vor der Frau, die Geschichte des Islam und der arabischen Welt lehrten, und zwar mit eindeutiger Orientierung an den Fakten. So würden die Schüler gegen jede Form des Integralismus geimpft.

Auch Sana Benachour, eine aus Tunis stammende Frauenrechtlerin und Historikerin, lobt die in Tunesien durchgeführten Reformen als vorbildlich, obwohl sie von einem quasi-polizeistaatlichen Regime durchgeführt worden sind. Bourguibas Reformbewegung habe die Emanzipation der Frau zur Triebfeder für die Politik und die nationale Erneuerung gemacht. Der Code zum Status der Person, der 1956 in Tunis verkündet wurde, bedeute für die Frauen eine wahre Revolution. Abgeschafft wurden die Polygamie, die Verstoßung und die Vormundschaft über die Frauen. Eingeführt wurden das Recht auf Ehescheidung vor Gericht, die freie und uneingeschränkte Zustimmung der künftigen Ehegatten zur Heirat und die Adoption. Außerdem wurden die Erbschaftsregelungen, wenigstens teilweise, an moderne westliche Verhältnisse angepasst.

Die Gründe für das Scheitern muslimischer Reformansätze schon im neunzehnten Jahrhundert und damit für das Wiederaufleben des Islamismus liegen nach Del Valle vor allem in der islamischen Abneigung jeder theologischen Neuerung.

Sprengkraft des sunnitischen Salafismus

Auch die reformorientierten Salafiyyah hätten von Anfang an beschlossen, die theologischen Fragen von den Reformen auszunehmen. Das erkläre, weshalb die sunnitischen Salafisten heute die starrste Gruppierung im Islam darstellen und sich die „blutrünstigen Fanatiker der ägyptischen Gamaa, der algerischen GIA oder auch der Gruppe um Usama bin Laden auf den sunnitischen Salafismus“ beriefen. Es sei gerade nicht so, dass die Schiiten die fanatischsten Muslime seien, wie oft wegen der Hisbollah im Iran und im Libanon oder wegen der Verrückten Allahs gemutmaßt werde. Denn sie hätten nie die sunnitische „Schließung des Tores des Idjtihad“ oder das Prinzip des Taqlid (theologischer und juristischer Konformismus) akzeptiert, sondern hätten die Möglichkeit immer neuer Interpretationen offen gelassen.

Ein großes Problem für alle Reformer sei darüber hinaus die Beschuldigung gewesen, sie hätten sich die laizistischen Ideologien der abendländischen Kolonialisten zu Eigen gemacht, etwa die Trennung der Religion von Gesellschaft und Staat, eine für Salafisten und Muslimbrüder nicht nachzuvollziehende Vorstellung. Dank solcher Vorwürfe aber würden alle Ansätze zu einem säkularisierten Islam im Keim ersticken. Stattdessen sei mithilfe der Ölgelder aus den Golfstaaten, vor allem aus Saudi-Arabien, eine radikale Reislamisierung betrieben worden, die zugleich von einer Bevölkerungsexplosion getragen werde, eine Entwicklung, die zu „Obskurantismus und Verarmung“ führe. (Les fondements thé-

ologiques et canoniques du terrorisme islamiste, a. a. O.)

Saudische Förderung des Wahhabismus

Die Unterstützung rückwärts gewandter, radikalislamischer Bewegungen durch Saudi-Arabien erläutert der international renommierte Professor für Geopolitik, Yves Lacoste, mit dem Verweis auf den Nasserismus und die Situation im Kalten Krieg: „Die Islamisten verdanken einen großen Teil des Einflusses, den sie in allen muslimischen Ländern ausüben, den finanziellen Mitteln, die die Dynastie der Saudis zur Verfügung stellt, und zwar seit der Zeit, als es darauf ankam, die Thesen Nassers von der arabischen Einheit mit einem schwammigeren und weiter in der Ferne liegenden Projekt zu bekämpfen, dem der Vereinigung aller Muslime. Deshalb die Finanzierung der fundamentalistischen Bewegungen durch Saudi-Arabien [...], eine Unterstützung, die in den siebziger Jahren begonnen wurde [...] mit Billigung durch die Vereinigten Staaten, für die es sich dabei um ein Gegengift gegen die kommunistische Subversion handelte.“ (*Dictionnaire géopolitique des États*, Paris 1998, Seite 54)

Auch für den bereits erwähnten Reformer Bencheikh liegt ein zentrales Problem im mächtigen wahhabitischen Einfluss, wenn er auch zuversichtlich ist, dass diese politische Linie im Niedergang begriffen ist, weil die jungen saudischen Eliten mit ihrer Auslandserfahrung ermessen könnten, welches Entwicklungshindernis die „archaische und mörderische Vision des Islam“ in ihrer Heimat darstelle. Die wahhabitischen Mullahs behaupteten zwar, dass der Islam „Brüderlichkeit, Toleranz, Friede, Zivilisation sei – aber alle diese Worte haben keinerlei Bedeutung in den heute noch gültigen Formen muslimischen Rechts“.

Möglicherweise ist Bencheikh mit seiner Niedergangserwartung zu optimis-

tisch. Denn die Saudis finanzieren nicht nur radikalislamische Bewegungen überall in der Welt, sie üben nach Del Valle (L'Arabie Séoudite, soi-disant allié de l'Occitan, 18. September 2000, www.geo-islam.org) dank ihrer Petrodollar auch erheblichen Druck auf islamische Entwicklungsländer aus, indem sie die Gewährung von Entwicklungshilfe an die Einführung des traditionellen islamischen Rechtes, der Scharia, knüpfen. Seit den siebziger Jahren fördern sie so eine breite islamische Rückwärtsbewegung in Sachen Familienrecht, aber auch im Bereich des Strafrechtes und selbst im Wirtschafts- und Finanzrecht.

Die Saudis fördern diese Rückwärtsbewegung, so Olivier Carré (*Le nationalisme arabe*, Paris 1993, Seite 34), nicht nur mit Geld, sondern auch mit Kongressen und Konferenzen, die sie finanziell unterstützen und bei denen sie dann mehr oder weniger automatisch den Vorsitz übernehmen. So ist es ihnen gelungen, die islamischen Länder auf ein Verfassungsmodell festzulegen, das die körperlichen Vergeltungsstrafen wie Todesstrafe, Geißelung, Amputation, Steinigung vorsieht. Die dabei ins Auge gefassten Vergehen und Verbrechen sind unter anderem die Leugnung des Islam, etwa durch Annahme einer anderen Religion oder durch das Bekenntnis zum Atheismus.

Deshalb wird in Frankreich mit Sorge registriert, dass der fundamentalistische Wahhabismus und Salafismus bei den arbeitslosen Jugendlichen in den Vorstädten von Paris an Boden gewinnt. Er wird direkt aus Saudi-Arabien importiert, indem man Predigten saudischer Mullahs über Telefon und Lautsprecher in französische Moscheen überträgt. (*Le Monde*, 15. Januar 2002) Nicht zuletzt deshalb fordert der bereits mehrfach zitierte Reformer Bencheikh die Politiker Frankreichs auf, den Reformdruck in Richtung eines säkularisierten französischen Islam zu erhöhen. Anhänger der konventionellen poli-

tischen Korrektheit und Bedenenträger aller Art in der sozialistischen Regierung hätten die reformbemühten Kräfte allein gelassen und so riskiert, dass die Wahlen zu einem Repräsentativorgan der französischen Muslime extremistischen Kräften den Weg bahnen, die in ihren Heimatländern ihre Stimme nicht laut erheben dürfen. Die Ergebnisse dieser Wahlen, die im November 2001 durchgeführt wurden, sind vermutlich wenig ermutigend. Jedenfalls sind sie bis heute weder mitgeteilt noch kommentiert worden.

Islamismus in Europa

Nach dem 11. September ist es in der europäischen Öffentlichkeit nur selten und jedenfalls kaum offen zu einer undifferenzierten Gleichsetzung von Islam und islamistischem Terror gekommen. Davor hatten ja auch fast alle Vertreter von Politik und Kirche landauf, landab mit hinreichendem Nachdruck gewarnt. Genauso falsch und einseitig ist aber das idyllische Bild vom friedliebenden Islam als einer Religion der Liebe, die mit dem Islamismus gar nichts gemein habe. Dieses falsche Bild, das Islamapologeten und um politische Korrektheit bemühte Journalisten beflossen verbreitet haben, ist kaum auf Kritik gestoßen.

Beide Auffassungen sind aber nach Del Valle nur die zwei Seiten ein und derselben janusköpfigen Ignoranz, wobei sich die politisch korrekte idyllische Sicht vor allem aus dem gesamten abendländischen jüdisch-christlichen schlechten Gewissen speise.

Nach orthodoxer islamischer Auffassung sei Europa zunächst einmal das „Haus des Kampfes“, das die Gläubigen aus dem „Haus des Islam“ zu meiden oder zu bekämpfen hätten. Dennoch ist nach dieser Lehre ein Waffenstillstand möglich, nämlich dann, wenn man so die im „Haus des Kampfes“ lebenden Muslime unterstützen und ihnen bei der Verbreitung ihres Glaubens helfen kann,

während umgekehrt die Verbreitung nicht-muslimischer Religionen im „Haus des Islam“ strikt ausgeschlossen bleibt. Mit einem solchen Vertrag wird das „Haus des Kampfes“ zu einem „Haus der Predigt“, und genau mit dieser Überlegung wird derzeit die Präsenz von Muslimen in nicht-muslimischen Ländern gerechtfertigt.

Dass sich der Westen dieser einseitigen Behandlung von Religionen unterwirft, belegt in den Augen orthodoxer Muslime, dass er die Überlegenheit des Islam anerkennt. Sprechendes Beispiel ist die Errichtung von tausenden Moscheen in Europa, insbesondere der größten europäischen Moschee 1994 in Rom, während umgekehrt keine einzige christliche Kapelle in einem arabischen Land gebaut werden konnte.

Islamisten auf dem Balkan

Für Deutschland und die deutsch-französischen Beziehungen ist der französische Blick auf Bosnien von besonderem Interesse. Frankreich hegt traditionell große Sympathien für die mit ihm früher verbündeten Serben und hatte zunächst wenig Verständnis für deutsches Vorschreiben zu Gunsten der muslimischen Bosnier. Nach Ausbruch des Krieges veröffentlichte etwa *Le Monde* ein größeres Foto, das den Großmufti von Jerusalem zeigte, wie er zu Beginn des Zweiten Weltkrieges die Waffen der bosnisch-muslimischen SS segnete.

Seit allgemein bekannt ist, dass es in Bosnien (und Albanien) afghanische Mudschaheddin und El-Kaida-Netzwerke gab (und gibt), wird die Entwicklung in dieser Region in Frankreich aufmerksam verfolgt, jedenfalls aufmerksamer und kritischer als in Deutschland. Bosnien, Kosovo und Albanien werden in Paris in aller Offenheit als Zentren eines terroristischen Islamismus betrachtet, der, vor allem über Italien, das restliche Europa bedroht.

Del Valle stellt im Einklang mit Samuel Huntington fest, dass das, was die Muslime in Bosnien legitimierte, ihren eigenen Staat zu fordern, ebenso wie in Kaschmir oder im Libanon, das Argument der demografischen Überlegenheit gewesen ist. 1961 hätten die Serben nur etwa 43 Prozent der bosnischen Bevölkerung gestellt gegenüber 26 Prozent Muslimen und 22 Prozent Kroaten. Zur Zeit der ersten Unabhängigkeitsforderung 1991 seien die Serben nur noch auf 31 Prozent, die Kroaten auf 17 Prozent, die Muslime aber auf 44 Prozent gekommen. Ihre Sache sei von allen muslimischen Ländern unterstützt worden, an erster Stelle vom Iran und von Saudi-Arabien. Der Iran habe allein zwischen 1993 und 1995 hunderte Millionen Dollar für die Bewaffnung der bosnischen Muslime ausgegeben, Saudi-Arabien mindestens 300 Millionen Dollar. Dazu hätten die Saudis noch einmal 500 Millionen Dollar für vorgeblich humanitäre Hilfe gespendet, die außer in Waffen in Moscheen, Koranschulen und importierte Mullahs umgesetzt worden seien.

Wie engagiert Saudi-Arabien heute noch in Bosnien ist, belegt schlagartig eine auf den ersten Blick harmlose Maßnahme aus dem vergangenen Jahr:

Die Saudis boten jeder Frau, die sich traditionell verhüllte, hundert Dollar pro Monat, für viele Kriegswitwen ohne rechtes Auskommen – und nicht nur für sie – eine wertvolle Einnahmequelle. Aus dieser Art humanitärer Hilfe spricht das offenkundige Bemühen, eine längst laizierte, einen säkularisierten Islam lebende Bevölkerung ins saudische Mittelalter zurückzuversetzen.

Denn das Verhüllungsgebot ist keine unschuldige Vorschrift, wie man in Frankreich vielleicht besser weiß als in Deutschland. Denn die französischen Muslime stammen mehrheitlich aus Algerien, wo unzähligen Frauen und Mäd-

chen die Kehle durchgeschnitten worden ist, nur weil sie kein Kopftuch trugen.

Das Kopftuch im laizistischen Staat

Hana Cherifi, Mitglied des Rates für die Integration, hat unter Rückgriff auf die „Kopftuchaffäre“ vor fast dreizehn Jahren noch einmal die realgesellschaftliche Bedeutung des Schleiers herausgestellt. (*Le Monde*, 16./17. Dezember 2001) Sie erinnert daran, dass die Schleier- und Kopftuchfrage deshalb für Frankreich so überraschend und schockierend war, weil die seit etwa einem Jahrhundert aus Nordafrika einwandernden muslimischen Frauen den Schleier nicht getragen hätten. Auch die muslimischen Frauen aus Schwarzafrika, etwa aus Mali, hätten ohne Schleier leben können.

Erst durch islamistische Prediger, durch türkischen und iranischen Einfluss sei das Problem entstanden. Heute sei der Druck auf die Mädchen enorm gewachsen. Alle islamistischen Strömungen, gleich welcher Richtung, riefen zum Schleiertragen auf. Angeblich werde niemand unter Druck gesetzt. Wenn ein Mädchen sich für den Schleier entscheide, gehorche es allein der Stimme seines Herzens, sagten die Islamisten. Aber ein Mädchen, das „den Wunsch äußert, den Schleier abzulegen, bekommt immer wieder zu hören, dass es, sollte es das wagen, in der Hölle verbrennen werde“.

In der französischen Gesellschaft werde nicht nur dieser Druck bagatellisiert, auch die negativen Folgen für die Integrationsfähigkeit der Mädchen würden aus falscher Rücksichtnahme auf andere Traditionen und Kulturen in freundlicher Bequemlichkeit übergangen. Aber: „Ein Mädchen, das sich zum Tragen des ‚hidjyb‘ entschließt, stigmatisiert sich selbst; sie ist nicht mehr Schülerin wie jede andere, sondern wird zur muslimischen Frau. Das führt dazu, dass sie als eine solche behandelt werden möchte und von den Lehrern, ja selbst von den Klassenka-

meraden ein besonderes Verhalten ihr gegenüber erwartet. Wenn sie sich beispielsweise ausschließlich zwischen Mädchen setzt, dann erregt dies kein Aufsehen mehr. Auch wird man es normal finden, dass sie regelmäßig den Sportunterricht schwänzt, weil sie nicht möchte, dass man ihren Körper sieht. Und schließlich wird man es normal finden, dass ein muslimisches Mädchen sich auf keinen Fall mit einem Nicht-Muslime verheiraten. Der Schleier ist eine Falle, er isoliert und marginalisiert; und er bringt die Schulgemeinschaft dazu, die verschleierten Mädchen in eben diesem Sinn zu behandeln, nämlich als Einzelgänger und Außenseiter. [...]“ Die arabische Tradition der Verhüllung sei also ein echtes Integrationshindernis und müsse endlich als solches von einer Gesellschaft begriffen werden, die auch die Muslime integrieren möchte.

Der französische Außenminister hat in Istanbul die Kritik an der islamischen Welt und die an der westlichen Welt ohne Gewichtung nebeneinander gestellt, ohne Wertungen vorzunehmen. An solchen Wertungen aber kann man sich in der Islamdebatte nicht vorbeimogeln. Was dem Westen von Muslimen vorgeworfen wird, das ist der Zerfall der traditionellen Familienstrukturen mit Konsequenzen wie: Armut allein erziehender Mütter, verwahrloste Kinder, Abschieben der Alten, die häufig in völliger Einsamkeit ihrem Ende entgegengehen. Zweifellos sind diese gewiss unerfreulichen Erscheinungen letztlich Folgen eines Prozesses der Individualisierung und der Säkularisierung. Aber

rechtfertigen die genannten Fehlentwicklungen die Unterdrückung des Individuums zu Gunsten von religiös begründeten nicht-demokratischen Gemeinschaftsidealen, die dann von einer Kaste von Rechts- und Schriftgelehrten durchgesetzt werden? Wer die Würde und die Freiheit des Einzelnen hochhält, wird diese Frage mit einem klaren Nein beantworten. Er wird auch daran erinnern, dass es zwar Armut bei allein erziehenden Müttern gibt, aber diese Armut längst nicht so groß ist wie die der Arbeitssklaven, die reiche muslimische Länder in befreundeten muslimischen Ländern requirieren. Und wenn auch Kinder im Westen zuweilen verwahrlost sind, dann sind sie das doch in einem noch viel geringeren Maße als in fast allen islamischen Ländern. Hier sei nicht nur die von Tahar Ben Jelloun angesprochene Kinderprostitution erwähnt, sondern auch die zynische Ausbildung von Kindern zu Selbstmordattentätern. Derartige Entwicklungen werden weder von islamischen Theologen noch von Rechtsgelehrten öffentlich als mit dem Koran unvereinbar kritisiert. Im Hinblick aber auf den Umgang mit älteren Menschen sei an das Zitat erinnert, das sie zu ermorden erlaubt, wenn es sich denn um Ungläubige handelt.

Die von den beiden Außenministern Fischer und Védrine geforderte „offene und ehrliche“ Auseinandersetzung darf vor diesen Tatsachen nicht die Augen verschließen, auch wenn die Neigung in beiden Ländern groß ist, unbequeme Tatsachen zu bemänteln und zu bagatellisieren.

Beherrschende Umgangsform

„Eine nie dagewesene Geschwätzigkeit ist zur beherrschenden Umgangsform in unserer Gesellschaft geworden.“

Roland Kaehlbrandt, „Buntes deutsches Bestiarium“, (DVA, 2001), Seite 7